

Bankenabgabe in Österreich: Kommt jetzt die große Kostenfalle?

Debatte um mögliche Rückkehr der Bankenabgabe in Österreich: Parteien diskutieren über faire Beiträge und Kosten für Kunden.



Nachrichten AG

Vienna, Österreich - Die Bankenabgabe könnte in Österreich eine Rückkehr feiern: ÖVP-Landeshauptmann Markus Wallner hat signalisiert, dass er offen für Gespräche über die Einführung einer solchen Steuer ist. Diese Idee, die bereits nach der Finanzkrise 2008 diskutiert und 2016 abgeschafft wurde, könnte nun wieder auf der Agenda stehen, um zusätzliche Einnahmen für den Staat zu generieren. Wallner äußerte: „Ich habe das immer eher entspannt betrachtet, weil ich immer der Meinung war, auch Banken können einen Beitrag leisten in der Situation“, wie **ORF** berichtet. Die Überlegungen zielen darauf ab, Banken eine Abgabe auf ihre Gewinne oder Bilanzsummen aufzuerlegen, um künftige finanzielle Krisen besser abfedern zu können.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen der ÖVP, SPÖ und NEOS könnte die Bankenabgabe zu einem zentralen Streitpunkt werden. Wallner betonte, dass die Ausgestaltung entscheidend sei, und warnte davor, dass die Kosten nicht an die Bankkunden weitergegeben werden dürften. Er stellte klar, dass diese Beiträge in Bereiche wie Wohnbau oder Energiefinanzierung fließen sollten. Der Vorschlag hat jedoch gemischte Reaktionen hervorgerufen: Während die SPÖ für eine faire Beteiligung der Banken an der Gesellschaft plädiert, warnt sie vor höheren Kosten für die Bürger. Die FPÖ sieht die Abgabe als Belastung für den Finanzsektor und mögliche negative Auswirkungen auf die Wirtschaft, während die Grünen eine genaue Ausgestaltung einfordern, um soziale Ungerechtigkeiten zu vermeiden, wie **VOL.AT** erwähnte.

Die Debatte um die Bankenabgabe könnte entscheidend für die Zusammensetzung der zukünftigen Regierung sein, da sie schnell zum Knackpunkt in den derzeit laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen den Parteien werden könnte. Wallner stellte klar, dass die Zustimmung zur Bankenabgabe eng mit den bereits nach Brüssel gemeldeten Sparmaßnahmen verknüpft sei. Ob und wie diese Vorschläge im Kabinett behandelt werden, bleibt abzuwarten, doch ist klar, dass die politischen Diskussionen in den kommenden Monaten an Intensität zunehmen werden.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at